

# Protokolleintrag vom 26.11.2014

2014/376

Erklärung der GLP-Fraktion vom 26.11.2014:

Beiträge an Trägerschaften für Arbeitsintegrationsangebote

Namens der GLP-Fraktion verliest Markus Baumann (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Grünliberale Arbeitsintegration: Neue Wege in den ersten Arbeitsmarkt

Grünliberale Sozialpolitik setzt konsequent auf Nachhaltigkeit. Wir verstehen Arbeitsintegration als eine dauerhafte Integration in den ersten Arbeitsmarkt unabhängig von Herkunft, Alter, Ausbildung, körperlichen Einschränkungen oder Geschlecht der Betroffenen. Deshalb wollen wir primär in diejenigen Fördermassnahmen investieren, die nachweislich zu einer Rückkehr und einem Verbleib im ersten Arbeitsmarkt beitragen. Vorhandene Ausbildung, persönliche Fähigkeiten sowie Talente müssen dabei mit einbezogen werden. Ebenso dazu gehört auch eine enge Zusammenarbeit den städtischen Stellen, den von der Stadt finanziell unterstützten Institutionen und der Wirtschaft, denn nur gemeinsam können wirkungsvolle Rahmenbedingungen geschaffen werden. Es braucht vor allem angepasste Ausbildungsplätze und Umschulungs-Möglichkeiten für Jugendliche und Erwachsene. Daher wollen die Grünliberalen die Zusammenarbeit mit den diesen Kriterien genügenden Angeboten auch in Zukunft finanziell unterstützen. Aber auch der Wille zur Eigenverantwortung muss vorhanden sein und gefördert werden. „Zwangintegration“ in eine fremde Branche, Beschäftigungsmassnahmen im Zweiten Arbeitsmarkt und/oder das Aneinanderreihen verschiedener Zwischenlösungen sehen die Grünliberalen äusserst kritisch. Massnahmen, die nicht der dauerhaften Integration in den ersten Arbeitsmarkt dienen, werden als klar zweitrangig eingestuft. Alle Untersuchungen zeigen, dass die wichtigste Voraussetzung hierzu, das Erreichen eines Abschlusses auf Sekundarstufe II ist; darauf soll die Stadt Zürich ihre Anstrengungen im Bereich der Arbeitsintegration ausrichten.

Rund 0,8% aller Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt werden von zu integrierenden Menschen belegt. Lediglich 8% aller Betriebe in der Schweiz haben demnach mindestens eine betroffene Person angestellt. Dagegen gibt aber rund ein Drittel der Unternehmen an, sie sähen grundsätzlich die Möglichkeit, eine Person zu beschäftigen, die wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren ist. So stellen sich folgende Fragen: Was hält diese grundsätzlich positiv eingestellten Unternehmen noch davon ab, zu integrierende Personen einzustellen? Was sind die entscheidenden Voraussetzungen für eine nachhaltige Arbeitsintegration in den Betrieben und welche Rahmenbedingungen kann und muss die Stadt Zürich schaffen, damit die Wirtschaft ihre hehren Absichten auch in die Tat umsetzt?

Während der intensiven Diskussionen bezüglich der Weisung 2014/90, sind die Grünliberalen zum folgenden Schluss gekommen: In der Stadt Zürich gibt es viele Massnahmen, doch wenig Übersicht. Eine kritische Überprüfung und Konzentration auf das Wirksame scheint uns dringend angesagt, denn das Feld der Arbeitsintegrationsangebote wächst stetig und die Wechselwirkungen zwischen Gemeinde- und Kantonsebene, sowie zwischen privaten und öffentlichen Institutionen, werden immer unübersichtlicher, sowohl was die Kosten als auch die Wirkung betrifft. Auch sollen im Rahmen einer sozialen Wirtschaftsförderung die ansässigen regionalen, nationalen und internationalen Firmen, in die Planung und Verantwortung der Arbeitsintegration mit einbezogen werden.

Diese kritische Überprüfung soll sich explizit nicht an institutionellen, sondern an fachlichen Kriterien orientieren. Die Ausrichtung am Aktivierungsgedanken bei gleichzeitig faktisch wenig vorhandenen Möglichkeiten zur Re- und Integration in den regulären Arbeitsmarkt aufgrund fehlender Arbeitsstellen fördert dabei insbesondere das Wachstum des Zweiten Arbeitsmarktes, der für das lokale Gewerbe eine erhebliche Konkurrenz darstellt und der mit dem Label „Arbeitsintegration“ viel Geld aus der öffentlichen Hand bezieht. Leider wird dabei den betroffenen Menschen nicht wirksam genug geholfen, wiederum ein wirtschaftlich eigenständiges Leben zu führen, sondern sie verbleiben letztlich in der Abhängigkeit der staatlich geförderten Institutionen. Dieser Entwicklung muss entgegen gewirkt werden, indem die Politik zusammen mit der Wirtschaft bei den Unterstützungsmassnahmen auf eine konsequente Integration in den ersten Arbeitsmarkt setzt – zugunsten der Menschen in einer schwierigen Lebenslage, die eine wirksame und nachhaltige Unterstützung durch die Gemeinschaft verdient haben.

Die Grünliberalen fordern die Stadt Zürich auf, neue Wege in der Arbeitsintegration zu gehen und die heutige Situation kritisch zu überprüfen – die glp ist bereit, heute einen ersten wichtigen Schritt in diese Richtung zu unternehmen und konsequent auf diejenigen Integrationsangebote fokussieren, bei denen Aus-, Weiter- und Nachholbildung im Zentrum stehen.